Gerd Heinrich - Staatsgedanke und Staatstugenden Preußens (1700 - 1947)

I.

Verfügte Preußen über geheimnisvolle Kräfte, die es im Wandel der Zeiten unwiderstehlich und für andere zuweilen unausstehlich werden ließen? War es vor allem ein Geschöpf seiner Kurfürsten und Könige aus dem Hause Hohenzollern? War es vielleicht im Ergebnis etwas, was mit dem eigentümlich widerstandsfähigen, herrschaftsbereiten nordostdeutschen Menschenschlag zu tun hat? Sind an seinem Aufstieg wesentlich führende Köpfe der vier alten Universitäten beteiligt? Ist es das protestantische Ethos, das seit 1525 und 1539 in der Mehrzahl der Siedlungen seiner durch Erbschaft wachsenden Territorien wirksam war? Gab es in Haus und Hof, in Adelssitz und Königsschloß besondere Tugenden? War die "Toleranz als Staatsraison" mit dem bald stärker, bald langsamer fließenden Strom der Zuwanderer die letzte Ursache eines beispiellosen Aufstieges aus der plötrigen Urstromtal-Armut in die europäische Anerkennung? Gilt nicht auch für diesen Staat in besonderem Maße der Satz: "Glück hat auf die Dauer nur der Tüchtige"? War es ein Staat, in dem man in der Führungsschicht in entscheidender Stunde noch klar und deutlich "Nein" sagen konnte? War es ein Staat, in dem ein Teil des Nationalvermögens nicht in sinnlosen Unternehmungen, in luxuriösem Konsum und in eitlen politischen Projekten und Kriegen verschwendet wurde? War es ein Staat mit einer Bevölkerung, in der vorherrschend ein fast puritanisches Bewußtsein bestand (bei Geldausgaben und Zeitverschwendung): "Darf man denn das im Leben, sich einfach nur so vergnügen?" War es ein Staat, dessen Bevölkerung sich ohne übertriebenes Staatszutun stetig vermehrte und der dann demzufolge unablässig Arbeitsplätze mit vielen kleinen und einigen großen Schritten schuf? Kam vielleicht alles dies bald stärker und bald schwächer zusammen, trieb den insgesamt verläßlichen Staats-Dynamo an und speiste den Strom der Energie noch in die entferntesten Leitungen?

Das sind Fragen über Fragen, und nicht zuletzt ist diese noch zu stellen: Verfügte dieses Brandenburg-Preußen nicht bereits um 1685, dann seit 1701 über eine sich entfaltende zukunftsträchtige Staatsidee? Das war der Fall; das ältere Oraniertum, der Neustoizismus, der politisch angewendete Calvinismus, der in Teile der Gesellschaft eindringende Pietismus, der vor allem von Halle ausgehende staatsbezogene Kameralismus und die vielschichtigen Anregungen der Frühaufklärung verbanden und überlagerten sich. Die Zuwanderer in diesen Staat kamen aus aller Herren Länder. Sie nahmen Dienst, Arbeit und Gewerbeaufträge in Brandenburg und in den anderen Provinzen an. König Friedrich Wilhelm I. (1713-1740) begründete den modernen Verwaltungsstaat 1723. Der Sohn setzte diese Verfassungsreformen erfolgreich fort, indem er Fachdepartements neben den Provinzialdepartements einrichtete. Aber wieviel an Untugenden war zu überwinden, wieviel leblos Gewordenes mußte weggeräumt werden, wieviel Elend auch lag an den Wegen des Aufstiegs für viele Generationen.

II.

Betrachten wir als Beispiel das Problem der älteren Korruption. Keine Frage: Einerseits entstand in verhältnismäßig kurzer Zeit eine vergleichsweise gut arbeitende Verwaltung, andererseits belegen die Akten Formen der Korruption, jedenfalls nach heutigem Rechtsverständnis. Die einen verweisen verstehend auf Vorgänge seit der Antike, die anderen sprechen von einem fast makellosen Beamtenstaat. Daran ist insoweit etwas richtig, als es Bereicherungen wie in jüngerer Zeit nach dem Ende des freien Preußen, seit 1933, seit 1945 oder seit dem Ende der Besatzungszeit 1990 wohl nicht gegeben hat. Beiläufig bemerkt: Ein alljährlicher "Korruptionsbericht" der Bundesregierung im Deutschen Bundestag wird von Fachleuten der Rechnungskontrolle als nützlich und nötig angesehen.

Es ist unstrittig, daß sich Herrscher und höhere Staatsbeamte zu wehren hatten gegen immerwährende Versuche, sich Wohlwollen zu erkaufen. So waren Fleiß, Kompetenz und Ehrlichkeit als Kernbegriffe der unmittelbaren Staatstugenden so oder so angefochten.

König Friedrich, der Sarkastische, der Spötter und Kenner der menschlichen, der unmenschlichen Seele, setzte die allgemeinen Verwaltungsmaximen in der Praxis "kontrollierend" um. Das geschah seit 1740 mit Realismus gegenüber menschlichen Hinfälligkeiten. Er handelte so gut wie nie als Tyrann, als Despot ("Kopp ab!"). Er behauptete sich innerhalb und außerhalb des Staates unablässig unter Neidern und Überheblichen, mußte also mit seinem kleinen Arbeitskabinett Tag für Tag und Jahr um Jahr "ganz Nerv" sein. Außerhalb seiner Tafelrunde trat er gleichsam sparsam lächelnd auf, verschwendete keine Zeit, verlor die Probleme des Gesamtstaates selbst auf dem Krankenlager nicht aus den Augen, sondern bedachte Verwaltung, Rechtsprechung, Wirtschaft, Militär und Kirchen und überhaupt die Staatsverbesserung als ständiges Postulat. Eher ließ er eine kleine Durchstecherei passieren, als daß er Faulheit hinnahm. Sein Beispiel erzog mehr oder weniger alle Staatsdiener.

Die Forderungen der Staatsspitze waren (und blieben) einfach auszusprechen, aber schwer zu erfüllen. Die Leute, die er mit Gehältern versorgte, sollten ehrlich sein, sollten arbeiten und nicht schwätzen, mit langen "Discoursen" in gut geheizten Amtszimmern. Sie sollten einen klaren Verstand haben und diesen nicht versaufen oder anderweitig sittenlos verschwenden. Die Vorgesetzten sollten für freie Stellen nicht den ersten Besten aufraffen (ohne Nepotismus, ohne Fraktionsungeist oder sonstigen Lustgewinn); vielmehr sollte man "Kluge, Ehrliche und geschickte Subjekte" suchen, jedenfalls keine "Tagediebe", die schon nach zwei Stunden Arbeit dem Kaffee oder Branntwein verfallen und sich dabei "Historien verzehlen", "Zeitungen lesen" und vor allem nicht Sitzungen wegen nichts und wieder nichts abhalten, nur weil man sich freundlich auf Termine geeinigt hatte. Diese und andere Ermahnungen gingen an alle, die "Blei im hindern haben", ob Kanzleischreiber oder zur Trägheit neigende Minister, die immer im Verdacht standen, ihre Kreaturen und Parteigänger unterbringen zu wollen ("Patronage"). Doch so etwas, daß ganze Ministerien als Beute einer bestimmten Partei betrachtet wurden, gab es nicht. Vertraut kommt es dem Rechnungsprüfer indessen vor, wenn der König über zu Unrecht verbuchte Diätengelder (Reisekosten-Vergütungen) und anderes mehr schimpfte. Es macht unter anderem den Reiz dieser Geschichte des 18. Jahrhunderts aus zu sehen, wie mit neuen Grundsätzen in nur sieben Jahrzehnten eine Art von Gradlinigkeit, eine höhere Form von Verläßlichkeit bis in den kommunen Alltag hinein eingeübt wurde.

Friedrich und die ihm ergebenen Spitzenbeamten bekämpften und überwanden von Fall zu Fall, Verhaltensformen der Privatausbeutung, der Unseriosität, der Umständlichkeit, der arbeitstechnischen Unfähigkeit, der bürokratischen und der allgemeinen Nachlässigkeit. Unterschlagungen ("Kassen-Defekte") und überhaupt Syndrome der altgermanischen, slawischen und neuen Wohlstandsfaulheit bemerkte er sofort. Die Arbeit sei notwendig, rief und schrieb er immer erneut seinen Bürgern, Bauern und Aristokraten zu. Auch war er bibelkundig, Nicht nur einmal half ihm ein Zitat aus der Schrift: "Du sollst dein Brot im Schweiße deines Angesichts essen".

Er stand jedoch nicht allein. Den Staat stützten die alten christlichen Tugenden und die neuen geistlichen und geistigen Lehren in den Führungsschichten, verbunden mit Leitsätzen der Lebensführung, der Strenge und eingebunden in die Realitäten eines vergleichsweise chancenreichen und nur teilweise staatlich gesteuerten Wirtschaftslebens. So wurde das ideale Bild eines zugleich harten, leistungsfähigen, gerechten, toleranten Staates im Kontrast mit weitergereichten anderen Lebensformen angestrebt und weithin, jedenfalls in maßgeblichen größeren Städten und Zentren, erreicht.

Dieses Preußen mit mancher von Auswärtigen belächelten Steife gehörte der von der protestantischen Ethik stärker berührten nördlichen Welt an; das soll heißen, neben den

bekannten deutschen Landesstaaten und Freien Städten, Holland und England, Dänemark und Schweden, dazu Kurland und das übrige Baltikum. Diese für die Zeitgenossen erkennbaren territorialen Gedankenfelder vermögen zu erklären, warum der Staat Friedrichs (und fernerhin) im Westen, zumal während der hochbedrohlichen Kriege, mancherlei Bewunderung, Zustimmung, Rüstungs- und Kapitalhilfe finden konnte, während man dort jene anderen staatlich und geistlich regulierten Lebensformen des in die Spätblüte getriebenen romanischen Barock als hohle Eitelkeit, mit dichten Strähnen der Unduldsamkeit, als andersartig ablehnte. “Nichts Reelles”! sagte man noch im 20. Jahrhundert in Preußen-Berlin zum Fremdartigen.

Dieses Preußen des 18. Jahrhunderts entwickelte sich gleichzeitig in fünf Jahrzehnten zu einer militärischen Größe – und wurde deshalb später wieder und wieder diffamiert, mißverstanden oder als Popanz dargestellt. Andere Staaten verfügten über weit umfangreichere militärische Potentiale, die sie auch häufiger anwendeten. Sie hatten nicht einen zentralen, weit auseinandergezogenen Staatsraum zu sichern. Alle Staaten dieser Jahrhunderte suchten machtmäßig zu wachsen, indem sie sich vergrößerten, durch Erbschaft, durch günstige Verträge und Friedensschlüsse. Sicherheit, Wohlfahrt und Produktivität blieben in der Waage; nie war Preußen, waren seine Kassen bis 1786 insolvent. Notfalls wurde Tafelsilber vermünzt. Notfalls wurde im Kriege die tückische Hilfe einer inszenierten Inflation herbeigerufen. Die spätere Schuldenlast vor 1806 blieb tragbar, wurde freilich bezeichnenderweise bereits in Teilen der Führungsschicht als unanständig diskutiert.

Keine Frage: Dieser Staat des 18. Jahrhunderts verfügte (wie die älteren Landesherrschaften) über zeitgemäß rechtsstaatliche Züge. Lange vor der Kodifikation des Allgemeinen Landrechts (1780-1794) gab es den einklagbaren Rechtsschutz, welcher zwar gegenüber dem nur noch gelegentlichen Eingriff des Herrschers in einigen Strafrechtssachen versagte, der aber für den Einwohner im Streit mit der Willkür von Behörden auf der Grundlage des wohlerworbenen Rechtes bereits ausgebaut wurde und lediglich unter Weitschweifigkeiten und Saumseligkeiten der Juristen litt. Der König rügte das unaufhörlich, und er blieb in der Tat die Säule der Rechtsstaatlichkeit. Prinz und Bauer waren für ihn lediglich gleichartige Rechtssubjekte, und er knallte den Satz auch Spitzenjuristen immer wieder um die Ohren.

Vor diesem Hintergrund wirkt es wie ein krönender Abschluß der inneren Regierungstätigkeit Friedrichs und seines unwiederholbaren Königtums, daß mit dem nun konzipierten und vordemokratischer Zustimmung unterworfenen Allgemeinen Landrecht eine Grundlage der Gesellschaft in Tradition und Gegenwart, in der Öffnung der Staatsleitung und in der Reform der gesamten privaten Rechtsordnung ein neues Preußen evolutionär vor die europäische Öffentlichkeit getreten war. Andere folgten dem. Das alles versteht sich über 1786 hinaus als ein Stück Vorreform, aber ein gewaltiges Stück, – wenn man bedenkt, welches Gegacker sich in Staaten der Gegenwart anhebt, wenn ein halbtaubes Reform-Ei in das Licht des Tages gerollt wird.

Friedrichs letzter Außenminister Graf Hertzberg verweist denn auch in seinem Gedächtnisvortrag in der Berliner Akademie der Wissenschaften am 1. Oktober 1789 beziehungsreich darauf, “daß die Preußische Monarchie, ob sie gleich vornehmlich auf der Kriegsmacht und einer uneingeschränkten Gewalt beruhet, doch weit sanfter, gerechter [siehe Müller-Arnold-Prozeß] und gemäßigter gewesen ist als die meisten Republiken und eingeschränkten Monarchien.” Es ist der “Geist der Gesetze“ und das Handhaben der Gesetze, was Freiheit und Glück des Staatsbürgers begründet. Wo diese Säule wegbricht oder bröckelt, oder von Parlamenten dreist in Eigentumssachen mißachtet wird, ist Gefahr für jede Staatsgesellschaft im Verzug.

III.

Das lange 19. Jahrhundert begann mithin für Preußen mit der reformerischen Gesinnung bei den hohen Staatsbeamten bereits in den vorhergehenden achtziger Jahren. Als Ergebnis der Spätaufklärung entstand in der Staatsverwaltung über den König hinaus ein

Bewußtsein bei den wirklich Verantwortlichen, daß sie es nun seien, die sich stets und ständig für den Staat und damit die Effizienz im Ablauf der Geschäfte zu sorgen hätten. Faule Köpfe gab es immer noch genug, auch Nepotismus. Ein so ungewöhnlich klarer Poltergeist wie der junge Minister vom Stein-Nassau sprach damals heftig aus, was andere nur dachten, still beklagten innerhalb des alten Administrationsstaates. Die Französische Revolution erreichte bekanntlich nur mittelbar die reformoffene Verwaltung, deren Arbeiten den neuen Staat schufen. Das je zeitgemäße Denken in Preußen läßt sich in den Zentren trotz des Fehlens einer geschriebenen Verfassung auf vielen Ebenen des bürgerlichen Lebens, trivial auch in mittleren und kleineren Städten nachweisen. Zu den Legenden gehört der aus der Zeit stammende Topos vom reaktionären "Obrigkeitsstaat", in dem angeblich die gleichen sozialen Herrschaftsgruppen unangefochten geblieben sind. Nach 1945 hat man dergleichen aus durchsichtigen Gründen ("die Herrschaft der Rittergutsbesitzersklasse") in West und Ost betont. Die Klassenkampfideologie tat mit Bergen von Lügen und wenigen Halbwahrheiten das Ihrige dazu. Trotz vordergründiger Hofgesellschaften vollzieht sich die Desintegration der bisherigen Gesellschaft durch das ganze 19. und das frühe 20. Jahrhundert.

Preußen war und blieb grundsätzlich reformfähig, aber alles mit Bedacht. Neben dem Allgemeinen Landrecht, das nun, seit 1815, erweitert seine Wirkung als Ersatzverfassung entfaltete, standen die Staatsreformen in bitterarmer Zeit seit 1807, welche Staat und Stände, aber auch die Monarchie als solche umgestalteten. Der Grundsatz der Selbstverwaltung, heute zuweilen wieder eingeschränkt, war damals nicht mehr auszulöschen. Stein, Hardenberg und Humboldt wollten je auf ihre Art den freien, den klugen, den gebildeten Staatsbürger. Doch bis heute stehen sich unter fiskalischen Vorzeichen "Selbstverwaltung" und dirigistische Administration in Bund und Ländern gegenüber und prägen die parteiliche Innenpolitik. Nicht selten laden Bundes- und Landesbeamte, verfassungsgeschichtlich schlecht gebildet, vor und hören sich mehr oder weniger gelangweilt an, was die Vertreter der Selbstverwaltungskörperschaften vorzutragen haben; sie entscheiden dann oft nach Weisung der Finanzminister, wenn nicht die Verwaltungsgerichte als letzte Instanz im Kampf um echte Selbstverwaltung angerufen werden.

In der Zeit bis 1848 blieb Preußen ein Staat der Verwaltung, der sich bedenklich anhäufenden Gesetze. Sein Fortschritt oder auch Nichtfortschritt wurde wesentlich bestimmt und gesteuert von dem gebildeten oberen Beamtenstande her, einigen herausragenden Ministern und Oberpräsidenten. Es war die Leistung dieser in den Reform-Ideen groß gewordenen Verwaltung, den Aufbau eines einheitlichen und wirksamen Verwaltungssystems mit klarer konstanter regionaler Gliederung durchgesetzt zu haben; wichtiger war vielleicht noch das Zusammenwachsen des seit 1815 vergrößerten Staates zu einer nationalen preußischen Einheit, was nur mit sehr viel Rücksichtnahme auf provinziale und grenzdeutsche Eigentümlichkeiten geschehen konnte. Das betrifft auch und nicht zuletzt den fundamentalen Bereich der Gesetze, der Rechtspflege und der gültigen zu modernisierenden Kodifikationen. Die politische Freiheit war zwar noch und wieder im Rahmen repressiver Schübe im Deutschen Bund eingeschränkt, doch an die Stelle eines nicht realisierten konstitutionellen Systems trat die Freisetzung wirtschaftlicher Kräfte und eben, bedeutsam genug, die administrative Leistung eines insgesamt relativ fortschrittlichen Beamtenstaates. Man vergleiche damit die Zustände in anderen Staaten. Unablässig sind von innen heraus bewegende und umformende Kräfte wirksam geworden, um mit dem Blick auf die immer stärker anhebenden industriellen Expansionen die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse planend vorzubereiten und auch mit gezielter Staatshilfe herbeizuführen. Es bleibt ein Beamten- und ein kleiner Militärstaat. König Friedrich Wilhelm III. bemerkte sehr wohl, was sich zwischen 1800 und 1827 (Testament) ereignet hatte. Er schreibt: "Ich habe die königliche Gewalt unbeschränkt von meinen Vorfahren in der Krone ererbt und werde dieselbe auch ungeschmälert meinem Nachfolger hinterlassen (...) Meine Untertanen besitzen in der geregelten Staats-Verwaltung, in dem Staatsrathe, in den Provinzial- Ständen, in der Städte-Ordnung, in den Communal-Verfassungen, die Garantie für die ungestörte Ordnung und Gesetzlichkeit; Ich habe ihnen diese

Institutionen aus freiem Willen erteilt und die Gewalt und Macht des Thrones unbeschränkt erhalten". Bis auf den letzten Satzteil ist das zutreffend, und es zeigt die Skrupel des Königs wegen des nicht eingelösten Verfassungsversprechens.

Wenn spätere oder auch gleichzeitige Liberale und Demokraten und Republikaner an der "ledernen Zeit" dieses Königs Kritik übten, so ist das von der allgemeinen europäischen Unruhe der Vormärz-Zeit zwar verstehbar, aber es unterschätzt die stetige Wirtschaftsleistung in diesen Jahrzehnten in Preußen, mit der es schließlich den Rivalen Österreich überrunden sollte. Der preußische Staat dieser Jahrzehnte warb im Inneren wie nach außen durch die für die Zeitgenossen im täglichen Leben spürbare innere Entwicklung, weniger durch eine Politik der zugreifenden Machtentfaltung, wie sie dann seit 1862 unter Bismarck einsetzte. Zu den inneren Kräften des Staates gehören auch die vielfältigen wissenschaftlichen und kulturellen Leistungen und Entwicklungen der "Schinkel-Zeit", der Siemens-Zeit, usw., die das ganze Deutschland voranbrachten.

Die erleuchteten Köpfe Preußens waren sich im Rückblick seit 1871 der wegweisenden Kräfte durchaus bewußt. Denn man fragte sich nach dem sechziger Jahrzehnt, welche Triebkräfte diese Europa überraschende Leistung seit 1815 und seit 1848/49 zustande gebracht haben könnten. Es war nicht nur der gute preußische Volksschullehrer aus den Präparanden-Anstalten, es war nicht nur das Zündnadelgewehr, und es war nicht nur der Geist Friedrichs des Großen, der über den Armeecorps in Jütland, Böhmen oder Lothringen schwebte. Es waren, wie ein preußischer Hugenotten-Abkömmling es betonte, das Pflichtgefühl, das verbreitete Rechtsbewußtsein, die nun erlernte Denkfreiheit, die immer noch im Volke herrschende strenge Sitte und die gute Wirtschaft, die aller Erdenschwere zum Trotz als Tugenden das preußische Wesen ausmachten und eigentümlich prägten.

Wir übergehen die Schwächen in der Staats- und Sozialverfassung, die dann bis weit in die Jahrzehnte bis zur Jahrhundertwende hinein durch erneute Reformen in Koordination mit Reichsgesetzen, so weit wie möglich aufgearbeitet worden sind. Der Verwaltungsstaat, weiterhin verläßlich funktionierend, ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite besteht für die Zeit nach 1871 in der Politisierung des Beamtenstaates, der zwar oberhalb der neuen Parteien stand, aber nun im System der Parteibildungen von den jeweils herrschenden Gruppen stärker instrumentalisiert worden ist. Das Thema "Berufsbeamtentum und Parlamentarische Demokratie", wie sie seit 1849 mit der Verfassung bestand, beherrschte fortan mehr oder weniger belastend, jedoch zwangsläufig den politischen Alltag. Noch einmal griff die Monarchie, besonders unter dem eigenwilligen Wilhelm II. mit Tendenzen und Schüben der Personalentscheidungen auch in die Innenpolitik ein. Es ist freilich eine offene Frage, ob dies die Effizienz der Verwaltung jedenfalls im innerdeutschen Raum wesentlich geschwächt hat.

Andererseits hat der Staat im Verband des Reiches mehr und mehr seinen eigentlichen Staatsgedanken einem Stillstand überlassen müssen. Die Verfassungsentwicklung in der Gesamtheit stagnierte. Es fehlte bei Kaiser und Ministern an der Durchsetzungskraft zeitgemäßer verfassungsrechtlicher Vorstellungen. Preußen war als Bundesstaat bereits vor 1918 in allen wesentlichen Fragen vom Reiche abhängig geworden, auch wenn die traditionelle und zuweilen aufregende Pflichttreue des preußischen Beamtentums und auch der Richterschaft ein unmittelbar stabilisierender Faktor blieb. Die Größe Preußens, etwa zwei Drittel des Reichsgebietes umfassend, darf über diesen Sachverhalt nicht hinwegtäuschen. In der Verfassungswirklichkeit, die nicht nur von einigen konservativen Politikern genau erfaßt wurde, bemerkte man um 1913 den rasch schwindenden Einfluß Preußens. Es klingt wie ein weher Ruf aus späten Tagen, daß das Herrenhausmitglied Graf York von Wartenburg ein Jahr vor Kriegsausbruch den (wirkungslosen) Antrag einbrachte, die Staatsregierung solle gegenüber dem Reich dahin wirken, daß der Stellung Preußens nicht durch eine staatsrechtliche Verschiebung des Verhältnisses zuungunsten der Einzelstaaten Abbruch geschehe. Eingeschlossen war in alle Sorgen der Hellsichtigen die doch brisante Polenfrage. Alles befand sich auf dem Wege der Vereinheitlichung: Militär, Kaiserliche Marine, Post, ausgeweitete Reichsgesetze, die

Reichslande, die Schutzgebiete, Bürgerliches Gesetzbuch und Funktelegraphie. In Hamburg glitt unter großer Begeisterung der Ozeanriese “Imperator” ins Wasser. Kleiner Preußenmann, was nun?

Aus dem Makrokosmos ein Blick, 1914, in den Mikrokosmos. Die alltägliche Geschichte: Der Chef der kommunalen Polizei in einer Mittelstadt der Provinz Posen hatte bei Kriegsausbruch 1914 alle Hände voll zu tun. Truppentransporte liefen zur nahen Front bei Thorn, nichts war für den Krieg vorbereitet bis auf die Aufmarschpläne, keine Lebensmittelkarten, eine Katastrophe für die Beamten ohne Huhn und Schwein. Dieser Beamte, gut beleumundet bei seinen polnischen Mitbürgern, kommt des Abends am 4. August erschöpft nach Hause und findet unerwartet ein großes Butterstück auf dem Eßtische. Befragt, erklärt seine Frau, sie habe dieses als Paket anonym auf dem Zaunpfeiler gefunden. Das Gesicht des Beamten verfinsterte sich. Die Hausfrau verteidigte sich. Man müsse schließlich bei Kräften bleiben. Er antwortete: “Ich werde als Beamter nie, auch nicht in diesen Tagen, ein Geschenk annehmen. Bring’ morgen früh sofort die Butter zum Roten Kreuz.” Das hilfreiche Geschenk der preußischen Polen, obwohl einem guten Zwecke dienend, war unbeirrt zurückzuweisen. Die beiden großen Könige des 18. Jahrhunderts mochten aus dem Elysium wohlwollend auf diese Szene geblickt haben.

Aber große Probleme schwierigster Art verdüsterten nun den Horizont. Hat man dies erkannt? Im Prinzip oder in der jeweiligen Realität? Einige wenige Persönlichkeiten schon. Die geostrategische Lage Preußen-Deutschlands änderte sich nicht. Doch wer las schon in spätwilhelminischer Zeit solche verstaubten Autoren wie Friedrich den Großen, Clausewitz, Jacob Burckhardt oder diesen merkwürdigen Nietzsche, wer hörte die vorsichtigen Warnungen eines Fontane und wer sah die Zeichen an der babylonischen Wand? Es ging doch aufwärts! Monat für Monat glitten die neuen Linienschiffe, die Schlachtkreuzer, die Schlachtschiffe der Kaiser-Klasse in Hamburg, in Kiel, in Wilhelmshaven, in Danzig ins Wasser, unter dem Jubel der Werftarbeiter. Die Banken mit ihrer enormen Weitsicht finanzierten alles. Wer las denn schon, vor 1898 was dieser Alte in Friedrichsruh mit dem Schlapphut und der schwarzen Dogge an Bedenken von sich gab oder was er vordem im Tagesgeschäft rundheraus unbekümmert ausgesprochen hatte? Zum Beispiel über die ihm längst vertraute preußische und sonstige Juristen-Bürokratie: “Sie ist krebsfräßig an Haupt und Gliedern, nur ihr Magen ist gesund, und die Gesetzexkremente, die sie von sich gibt, sind der natürliche Dreck der Welt.” In der Tat gab es wie immer sehr verschiedene Bürokratien.

Preußens Aufstieg im internationalen Ansehen hat wesentlich etwas zu tun gehabt mit seiner Wissenschaftskultur und seiner zuverlässig arbeitenden ministeriellen Kulturverwaltung in der Berliner Wilhelmstraße. Von Memel bis zu den Rheinlanden gab es für das Schulwesen, das Hochschulwesen und die sonstigen Bildungseinrichtungen einheitliche Grundsätze und Verwaltungsnormen, auch wenn die Universitäten und die neuen Hochschulen je ihren Traditionen folgen konnten. Bildung und Wissenschaft können nicht in provinzialer Kleinstaaterei gedeihen. Die Leistungsfähigkeit beruhte auf einer hochqualifizierten Zentralverwaltung, die die Waage zu halten verstand zwischen dem deutschen Gesamtinteresse und den provinzialen und bundesstaatlichen Einzelinteressen. Dieses Thema wird von vorzüglichen Fachhistorikern seit längerer Zeit genauer beleuchtet und auch Ehrhardt Bödecker zeigt in seinem Brandenburg-Preußen-Museum in Wustrau (Grafschaft Ruppin) den Bildungsschwerpunkt Preußen. Die fundamentalen Leistungen in den Wissenschaften gründen sich, zusammengefaßt gesagt, auf zahllose wissenschafts- und kulturliberale Inseln in einem großen Staatswesen, dessen Charakteristikum auf diesem Sektor trotz manchen Parteienstreits während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts die grundsätzliche Neutralität in der Förderung gewesen ist. Ein Staat, der dies vermag, vermag vieles.

IV.

Als die Monarchie mit König und Kaiser und dem läppischen Kronprinzen, zusammengebrochen, als sie im Taumel der November-Ereignisse fast sang- und

klanglos verschwunden war, und man nur an Vermögensrettung und Lebenserhaltung dachte, auch in Teilen der Generalität, da schien Preußen am Ende zu sein. Nichts hatte man vorbereitet in den entscheidenden Ministerien. Kein Stein, kein Dohna und kein Hardenberg erhoben sich aus dem Chaos. Man blickt auf eine jedenfalls teilweise gelähmte Führungsschicht, vielstimmig klagend, lächerlich verbürgerlicht, bestenfalls "Herzensmonarchisten und Vernunftrepublikaner", vielfach sich erschöpfend in endlosen Diskussionen scheinbar gelehrten Zuschnittes, spätwilhelminisch und frührepublikanisch. Ein Zusammenbruch, ohne große Manifeste. Aber es erschienen verführerische Texte von Edel-Ideologen und Schönschreibern, von Moeller van den Bruck über den Grafen Reventlow bis zu Spengler und anderen.

Und dennoch: Schwankend erhob sich Preußen mit seinen hunderttausend Kontinuitäten und guten Traditionen im Reich und für das Reich, als hätte es noch einen letzten Dienst zu leisten, obwohl es beschimpft wurde wegen einer Mitschuld oder Hauptschuld an der Katastrophe des Krieges, an der bekanntermaßen viele Kräfte im In- und Ausland mitgewirkt hatten. Denn der alltägliche notwendige Verwaltungsstaat war in kurzer Zeit nicht auswechselbar, weder in den Amtsstuben, noch in den Köpfen, wo immer die Kaiserbilder nun abgehängt waren. Ein solcher Staat ist nicht mit einem Federstrich aus der Zeitgeschichte zu streichen. Man war "Preuße", auch wenn man ohne Eitelkeit nicht viel davon redete oder gar lautstark und kenntnislos etwas hermachte. Preußischer Deutscher also, Deutscher preußischer Herkunft. Seltener verstand man sich nur als Preuße, aber nicht mehr als Deutscher; oder man war nunmehr unter dem Eindruck tradierter Geschichtsbilder Rheinländer preußisch-deutscher staatsbürgerlicher Herkunft, die preußisch geprägten Polen nicht zu vergessen. In bestimmten Zonen waren nun die kindischen Preußen-Pejorativen wieder vernehmlicher zu hören. Man war oft nicht in der Lage abzuschätzen, was man diesem Staate, trotz seiner Fehler, an Zivilisation, an Kultur und an Landeskultur verdankte. Wie auch immer: Der Staat unter dem Ministerpräsidenten Otto Braun (SPD) mit der Zentrumspartei funktionierte mit seiner etwas veränderten Mischbevölkerung, mit den vielen Flüchtlingen und Verdrängten aus dem nun nationalistisch expansiv agierenden Polen und aus dem mit blutigen Exzessen behafteten bolschewistischen Rußland. Und dann dieses trotz allem unverwüstlich aufsteigende Berlin, die nunmehr international akzeptierte "Weltstadt", in der sich alles arbeitend und schuftend vereinte und vermischte und bekämpfte, auch wenn die Glocken in hundert Kirchen läuteten.

Sollte dieses schaffende Preußen von den verbliebenen oberschlesischen Hütten und Gruben bis zu Krupp nach Rheinhausen und bis zu Röchlings Hütten im Saargebiet nicht erneut eine Zukunft haben, in die Reichsverfassung eingezwängt, wenn es alle seine Kräfte dem größeren Ganzen zur Verfügung stellte? Aber der rasende Wagen des Schicksals durcheilte die wenigen Jahre des Friedens. Die Tagesnöte mit der Last der Reparationen gestatteten keine Experimente. In den Politischen Memoiren der Reichskanzler und Ministerpräsidenten, der Freifrau von Spitzemberg oder des Grafen Keßler begreifen diese Autoren, vom weitsichtigen Bismarck abgesehen, das Problem Preußen als eine Rechtsfrage, nicht als zentrales Ferment politischer Mentalitäten und als nicht ersetzbare Schubkraft für ein künftiges Deutschland.

V.

Preußens Ende (1933-1947) vollzog sich inmitten der Hybris und Agonie des Reiches, also des gesamten deutschen, nun längst wieder kleindeutschen Staates, auf dessen Zusammenbruch die Nachbarn mit beschlossenen Plänen warteten. Es geschah Zug um Zug entsprechend den Vormärschen der Feindmächte, die auch den verhaßten und verteufelten Alt-Gegner "Preußen" niederwerfen und auslöschen sollten, von einigen Gruppen in England und Polen zusätzlich angetrieben.

Die Verwaltung beendete im Frühjahr 1945 auf den Ebenen der Provinzen, der Regierungsbezirke, der Kreise und der kreisfreien Großstädte ihre Tätigkeit unter dem schwarzen Preußenadler, der zuletzt noch das böse Hakenkreuz in die Fänge gedrückt bekam. In Berlin beispielsweise, im Finanzministerium hinter der Schinkelschen Neuen

Wache, der Leitbehörde des gefesselten Staates, arbeiteten die Amts- und Rechnungsräte noch bis zur letzten Aprilwoche an den Etats für 1946 vom Landkreis Gumbinnen bis zum Landkreis Saarbrücken, vom Herzogtum Lauenburg bis Hohenzollern-Sigmaringen. Die Rote Armee stand mit ihrem schweren Gerät bereits in Weißensee und Zehlendorf, in Rheinsberg oder bei Potsdam. Der einfache Mann wie der Offizier und General sahen sich fast unversehens in einem nur teilzerstörten Schlaraffenland, dessen gewaltige Beute ("Trophäen") aus preußischen Sammlungen und privaten Häusern in Moskauer und Petersburger Magazinen erst jetzt von Fachleuten in Augenschein genommen werden darf. Dieses Erbe Preußens im In- und Ausland hat kaum vorstellbare Ausmaße und gehört zum Weltkulturerbe. Die Geschichte behält auch hier einen weit, weit längeren Atem, als es sich diejenigen vorgestellt haben, die voreilig, befriedigt und überheblich Totenscheine des "Aus-und-vorbei" glaubten ausstellen zu können.

Die getreuen Rechnungsräte am Zeughaus schlossen eilig mit Unterschrift und Datum die Akten und schafften sie noch in den sicheren Keller, wo sie überdauerten. Irgendwann mußte es ja weitergehen. Jeder Staat braucht fraglos Verwaltung und Rechnungskontrolle, braucht kundige Beamte. Jede Besatzungszeit nach verlorenem Krieg endet einmal. "Sorry, old friend, glad to see you, oh yes, ten terrible years," so mochten sich überlebende Diplomaten tatsächlich seit 1949, in London, Paris oder Rom wieder mit dem Glas funkelnden Rotweines in der Hand begegnet sein. Von Preußen war dort nur selten die Rede. Erst sehr viel später fragte der französische Staatspräsident Mitterand mit einem gespielten Anflug von Erstaunen einen westdeutschen Historiker: "Wo sind eigentlich eure Preußen geblieben?" Ja, wo sind sie geblieben?

Das Rechtssubjekt Preußen war auf britische Initiative hin, begleitet von anfänglich erheblichen Bedenken der Sowjetunion, im Frühjahr 1947 kurzerhand mit einem rabulistischen Text für aufgelöst erklärt worden. Der Kontrollrat als Hinrichtungsstätte. Das geschah, für die Öffentlichkeit mit absurder Begründung, zusammengesetzt aus Fetzen eines petrefakten Geschichtsbildes, wie es im 20. Jahrhundert die Mächte nebst ihren dienstwilligen Exegeten mit sich herumzuschleppen pflegten.

Aber Deutschland, okkupiert, stranguliert und dividiert, hatte dennoch mit diesem Erbe einen mächtigen Packen zu schleppen. Die Stichworte lauten: 10 Millionen Vertriebene aus den preußischen Ostprovinzen, Pensionslasten (GG Art. 131), Aufbau neuer Verwaltungen in Anlehnung oder Übernahme preußischer Strukturen, der Staatsbesitz Preußens, der Kunst- und Kulturbesitz Preußens, die Anpassung der preußischen und Reichsgesetzgebung an die Bedürfnisse und Traditionen der neuen Länder, vornehmlich also Berlin (West), Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen und Schleswig-Holstein. Die gerechte Verteilung des sonstigen Vermögens Preußens zwischen Bund und Ländern gestaltete sich nach 1990 zu einem besonderen Rechtsproblem, bei dem sich das Bundesfinanzministerium nicht mehr von den Grundsätzen Friedrichs des Großen geleitet sah.

VI.

Ein Epilog wird sich weiterhin mit dem eigentümlichen Fortleben Preußens zu beschäftigen haben. Einerseits ist dessen Schicksal kein Thema der allgemeinen öffentlichen Diskussion. Andererseits gibt es unverändert viele Formen und Publikationen fundierter oder trivialer Bewunderung und Darstellung, weit mehr als man es sich noch vor zwei Jahrzehnten vorzustellen vermochte. Nie zuvor waren die Devotionalien-Länden in Schlössern und Museen so dicht belegt mit Bildern von Königen und Königinnen, mit alten Kurfürsten- und Prinzen-Geschichten, mit den weißen Marmorgestalten sowie auch der schmerzlichen Trauer von 1810 und mit dem einzigen König, der, kurz unterbrochen, auf glänzendem Rosse in Berlin Unter den Linden reitet. Rauchs Genie läßt den Zuschauer erwarten, daß der König den Dreispitz zieht und dem hauptstädtischen und toleranzverwöhnten Publikum die Ankunft zum Opernbesuch bekundet oder die Abreise zum Manöver oder zur täglichen Schreibtischarbeit wortlos andeutet. Viele Denkmäler

Preußens sind in wüster Zeit zersägt und eingeschmolzen worden. Diesseits von Oder und Neiße ist der König der Preußen wieder leibhaftig zu sehen.

Preußens Aufstieg, dann das Verharren und dann der Abstieg, alles vollzog sich in etwa dreieinhalb Jahrhunderten. Wirtschaftlich gesprochen: Eine Firma floriert, macht gute Akquisitionen, zerstreitet sich mit Konkurrenten; sie verliert erstmals Märkte, man beginnt an den Geschäftsgrundlagen zu zweifeln; es folgt eine freundliche Übernahme. Eine Weile wird der Firmenname noch mitgeschleppt, das Personal gehalten. Dann zerschlägt man von außen die Firma, verwertet Teile im In- und Ausland und bemächtigt sich des angesparten Vermögens. Alles wird verteilt, die Gebietskörperschaften und die Grundstücke; für die Gründerfamilie wird noch eine Rente ausgeworfen. Der Rest ist Sache der Historiker, der Literaten, auch der Filmemacher und einiger Untergangsspezialisten.

Aber was macht denn nun “den Preußen”, den noch in Familientraditionen verpreußten Menschen aus? Walther Rathenau, der auch ein kritischer, ein bedeutender Preuße gewesen ist, wirtschaftlich eng mit seinem Freund Albert Ballin verbunden, soll einmal (1911) in einem Gespräch mit dem Schriftsteller Fritz von Unruh in seiner seherischen Art bemerkt haben, seine Beobachtungen zusammenfassend: “Ihr Vater, das ist auch so ein Preuße, auf den man sich verlassen kann! Auf wen sonst kann man sich verlassen?”

Prof. Dr. Gerd Heinrich wurde am 30. Mai 1931 in Berlin geboren. Er studierte zwischen 1949 und 1959 an der Humboldt- und an der Freien Universität Berlin Geschichte, Germanistik und Philosophie und wurde 1959 promoviert. Von 1980 bis zu seiner Emeritierung lehrte er als Ordinarius für Historische Landeskunde an der FU Berlin und schrieb das Werk „Geschichte Preußens“. Er ist Autor und Mitautor zahlreicher Publikationen zur brandenburgisch-preußischen Kultur-, Verwaltungs-, Kirchen- und Sozialgeschichte. Unter anderem ist er Herausgeber des Kulturatlas Brandenburg und Mitherausgeber des Historischen Handatlas von Brandenburg und Berlin (1965 ff.).